

PRESSEMITTEILUNG

Solidarität jetzt! Flüchtlingsmillionen des Bundes 1:1 an die saarländischen Kommunen weiterleiten.

Der Bund hat geliefert. Das ist die Chance des Landes Solidarität mit der saarländischen kommunalen Familie zu zeigen.

Der Bund hat am Wochenende endlich der Unterfinanzierung der Kommunen Rechnung getragen und die Weichen gestellt für eine finanzielle Entlastung der Landkreise, Städte und Gemeinden:

Ab 2018 soll die Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich wie folgt erfolgen: 4 Milliarden Euro der Gesamtsumme sollen über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und über die Kosten der Unterkunft verteilt werden. Dabei sollen 1,6 Milliarden Euro über die KdU und 2,4 Milliarden Euro über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer fließen.

Die noch fehlende 1 Milliarde Euro soll den Ländern über ihre Umsatzsteueranteile zur Verfügung gestellt werden. Politisch wird dies vom Bund mit der Aussage verknüpft, die Länder sollten das Geld über den kommunalen Finanzausgleich an die Kommunen weiterreichen.

Der Saarländische Landkreistag und der Saarländische Städte- und Gemeindetag fordern nun einstimmig die Solidarität des Landes ein:

Das Land muss die vom Bund zur Entlastung der Kommunen bereitgestellten Millionen nun ungeschmälert an die saarländischen Landkreise und die saarländischen Städte und Gemeinden weiterleiten. Genau dort gehören sie nach dem Willen des Bundes hin, so die übereinstimmende Einschätzung des Vorsitzenden des Landkreistages, Landrat Patrik Lauer, Saarlouis sowie des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Oberbürgermeister Klaus Lorig, Völklingen.

„Elementarer Bestandteil des Kompromisses zwischen Bund und Ländern zur kommunalen Entlastung ist, dass der an die Länder gehende Entlastungsanteil vollständig die kommunale Ebene erreicht“, erklärte Oberbürgermeister Klaus Lorig. Und Landrat Patrik

Lauer konstatierte: „Die Bundesmittel zur kommunalen Entlastung stehen uns zu und wir brauchen sie auch, um aus dem finanziellen Tal herauszukommen“.

Insgesamt erwarten die saarländischen Städte und Gemeinden und Landkreise durch die Verständigung von Bund und Ländern Finanzmittel des Bundes zur kommunalen Entlastung in Höhe von 62 Mio. €. Während die erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft in Höhe von 20,97 Mio. € durch den Bund direkt an die saarländischen Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken weitergeleitet werden können, müssen die restlichen Entlastungen in Höhe von 40,45 Mio. € vom Bund über das Land an die saarländischen Städte und Gemeinden weitergeleitet werden. „Genau hier liegt der Pferdefuß des an sich lobenswerten Vorhabens des Bundes zur finanziellen Entlastung der Kommunen“ stellte Oberbürgermeister Klaus Lorig fest.

„Die Landkreise, Städte und Gemeinden dürfen nicht wie in der Vergangenheit als Sparbüchse des Landes zur Einhaltung der Schuldenbremse herhalten“, führte Landrat Patrik Lauer weiter aus. Legt man das Gutachten von Prof. Junkernheinrich vom Mai letzten Jahres zugrunde, ergibt sich eine jährliche Deckungslücke im Saarland in Höhe von mindestens 140 Mio. €, die den Kommunen für ihre dringenden Aufgaben vor Ort fehlen.

Klaus Lorig und Patrik Lauer abschließend: „Wir fordern, dass das Land dieses Mal der Versuchung widersteht, die vom Bund den Kommunen zugedachten Mittel zur Sanierung des Landeshaushalts abzuzweigen. Solidarisches Handeln ist jetzt das Mittel der Wahl! Denn ein starkes Saarland kann es nur mit starken Kommunen geben. Beide Ebenen können nur gemeinsam erfolgreich sein“.

Saarbrücken, 24. Juni 2016